

Montag, **21. November** 2022, Nassauische Neue
Presse / *Lokales*

Petition an Bundestag soll Südumgehung retten

LIMBURG - Warum die Bürgerinitiative für dieses ewige Straßenbauprojekt nun die politische Karte ziehen muss

Mit einer Petition an den Deutschen Bundestag will die Limburger Bürgerinitiative, die sich für eine Südumgehung auf der Alttrasse mit einem Tunnel einsetzt, erreichen, dass dieses Straßenbauprojekt noch im aktuellen Bundesverkehrswegeplan hochgestuft wird, um überhaupt realisiert werden zu können. Argumentiert wird dabei mit den hohen Verkehrsmengen von 38 000 Fahrzeugen täglich auf den vier Bundesstraßen B 8, B 49, B 54 und B 417, die in der Innenstadt aufeinandertreffen, einer hohen Lärmbelastung für die Anwohner an diesen

Bundesstraßen und einer schlechten Luftqualität durch die Abgase, die dazu geführt haben, dass in Limburg weiterhin Dieselfahrverbote drohen.

Wie die Bürgerinitiative „Für den Südstadttunnel unter der Alttrasse“ (BI) mitteilt, ist diese Petition an den Bundestag bereits angenommen worden. Darin wird der Bundestag aufgefordert, im Rahmen der laufenden Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans das in Limburg bereits seit Jahrzehnten heiß diskutierte Straßenbauprojekt mit Anschluss an die Ortsumgehung Diez in den „vordringlichen Bedarf“ aufzunehmen, der höchsten Planungsstufe; bislang befindet sich die Südumgehung nämlich nur im „weiteren Bedarf“.

Fachlich bleibt sie im „weiteren Bedarf“

Was heißt das nun konkret? Der Bundestag ist die letzte Hoffnung für die Bürgerinitiative, weil eine möglichst schnelle Umsetzung nur noch politisch zu erreichen ist. Hintergrund ist, dass die laufende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans bis Ende nächsten Jahres an der Einstufung der Dringlichkeit von Straßenbauprojekten gar nichts ändert. Die Südumgehung bleibt fachlich so oder so nur im „weite-

ren Bedarf“. Dies teilte im August das Bundesverkehrsministerium Landrat Michael Köberle (CDU) mit, nachdem er zuvor darum gebeten hatte, die Südumgehung in den „vordringlichen Bedarf“ aufzunehmen.

Nur wenn der Bundestag politisch beschließen sollte, die Südumgehung hochzustufen, könnte sich das noch ändern. Der Vorsitzende der BI, Karl-Winfried Seif, ist optimistisch, dass dies gelingen wird.

Die Petition ist dabei ein Umweg, der aus Sicht der BI zwangsläufig genommen werden muss. Denn eigentlich müsste die hessische Landesregierung selbst die Umsetzung einer Südumgehung in Limburg politisch massiv unterstützen, damit sie überhaupt noch realisiert werden kann. Das tut die hessische Landesregierung allerdings nicht, weil Landesverkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) die Südumgehung für Limburg bislang sehr erfolgreich ausgebremst hat; er lehnt sie ab.

Gespräch mit dem Ministerpräsidenten

Die Bürgerinitiative wird deshalb im Januar in einem Gespräch mit dem hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) um eine politische Unterstützung der Landesregierung wer-

ben. Der Weg in die Staatskanzlei in Wiesbaden ist für den früheren Staatssekretär im Umweltministerium Seif, ebenfalls ein Christdemokrat, sehr viel kürzer als ins grün geführte Verkehrsministerium.

Zwar wird im Herbst nächsten Jahres in Hessen ein neuer Landtag gewählt, aber es sieht derzeit nicht nach einem Machtwechsel aus - im Gegenteil, momentan spricht alles für eine Fortsetzung von Schwarz-Grün und damit für ein weiterhin grün geführtes Landesverkehrsministerium.

Luftproblem als Argument

Die Bürgerinitiative für die Südumgehung argumentiert vor allem mit dem unbestrittenen Luftproblem in der Innenstadt und weiterhin drohenden Dieselfahrverboten, die abhängig sind von den Stickstoffdioxid-Werten, wie sie am Passivsammler am Musikhaus Sandner an der Schiede ermittelt werden. Sollte dort ein festgelegter Toleranzwert überschritten werden, der etwas höher liegt als der aktuell gültige Grenzwert, hat das Land bereits angekündigt, auf der Hauptverkehrsachse, der Frankfurter Straße zwischen Pallottinerkirche und der

Schiede bei Karstadt, ein Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge zu verhängen.

Dieses Problem wird übrigens ein dauerhaftes Problem in Limburg bleiben, weil die neue Weltgesundheitsorganisation mittlerweile deutlich niedrigere Stickstoffdioxid-Grenzwerte empfiehlt und das Europaparlament schon entschieden hat, schärfere Grenzwerte festlegen zu wollen. Deren genaue Höhe steht zwar noch nicht fest, und eine Umsetzung in nationales Recht wird einige Jahre in Anspruch nehmen, aber spätestens dann könnte es sein, dass mehrere Messstationen in Limburg schon wieder über den dann schärferen Grenzwerten liegen.

Die Bürgerinitiative mit Karl-Winfried Seif und Dr. Rainer Jüngst hat nach eigener Darstellung „mit großer Genugtuung“ registriert, „dass alle Kommunen in Limburg und Diez einschließlich der beiden Landkreise sich uneingeschränkt für den Südstadttunnel mit dem Anschluss an die Ortsumgehung Limburg-Diez/Freiendiez ausgesprochen haben“. Das schließt auch die Wirtschaftsverbände, sowohl die IHK Koblenz als auch die IHK Limburg, und den City Ring Limburg ein.

Stefan Dickmann

KOMMENTAR

Neuer Bundesverkehrswegeplan wohl erst in der nächsten Legislaturperiode

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan, im Jahr 2016 beschlossen, hat einen Planungshorizont bis zum Jahr 2030. Er enthält alle wichtigen Straßenbauprojekte des Bundes in Deutschland und will die verkehrspolitischen Weichen für einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren stellen; ein Ziel ist dabei „weniger Staus auf den Bundesfernstraßen“. Die derzeitige Überprüfung des Plans durch das Bundesverkehrsministerium soll Ende nächsten Jahres abgeschlossen sein. Dann muss der Bundestag entscheiden, ob der bisherige Plan fortgeschrieben wird oder, und das ist das wahrscheinlichere Szenario, neu aufgelegt wird mit einem Planungshorizont bis 2040. Dieser neue Plan wird allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode beschlossen, die 2025 beginnen soll. Die im Bundesverkehrswegeplan bewerteten Vorhaben werden zuvor einer Nutzen-Kosten-Analyse unterzogen und zusätzlich umwelt- und naturschutzfachlich, raumordnerisch und städtebaulich beurteilt. Daraus ergeben sich verschiedene Dringlichkeitskategorien. Die höchste Stufe ist der „vordringliche Bedarf“; darunter

angesiedelt ist der „weitere Bedarf“, in dem sich die Südumgehung befindet. dick

Stanke: Mobilitätswende nur mit Umgehungsstraße umsetzbar

Bürgermeister Dr. Marius Hahn (SPD) und der Erste Stadtrat Michael Stanke (CDU) haben ihre Unterstützung für eine Südumgehung auf der Alttrasse mit einer Tunnellösung am Donnerstagabend erneuert. Sie waren von der gleichnamigen Bürgerinitiative ins Gemeindezentrum Blumenrod eingeladen worden. Rund 60 Zuschauer verfolgten die Veranstaltung, darunter auch Gegner dieses Straßenbauprojekts. „Wir brauchen diese Umgehungsstraße, damit wir in der Innenstadt die Mobilitätswende überhaupt umsetzen können“, sagte der Erste Stadtrat Stanke. Die von den Stadtverordneten beschlossene Verkehrswende hat das Ziel, die Innenstadt für Radfahrer und Fußgänger attraktiver zu machen, indem der Autoverkehr deutlich reduziert wird.

Über „zu viel Verkehr“ an der Schiede klagte auch Bürgermeister Hahn. Die Stadt müsse weiterhin Dieselfahrverbote befürchten, die Stadt habe deshalb auch unpopuläre Maßnahmen getroffen wie deutlich höhere Parkgebüh-

ren in der Innenstadt und teure Maßnahmen wie den „Lahn Star“ umgesetzt. Es sei für die Stadt weiterhin unverständlich, dass Limburg die Bedarfsumleitung für die A 3 sei, wenn es dort Stau gebe. „Dieser Verkehr wird genau am Passivsammler am Musikhaus Sandner vorbeigeführt“, sagte Hahn, und damit an der Messstelle mit den höchsten Stickstoffdioxid-Werten in der Innenstadt.

Vier Bundesstraßen verliefen durch die Limburger Innenstadt, und dabei hätten nur Bund und Land das Sagen, erklärte Stanke. „Die Stadt hat keinen Zugriff auf diese Straßen“, könne deshalb auch keine dringend erforderlichen Busspuren selbst umsetzen oder dort bessere Radwege bauen. Das gehe nur, wenn der Durchfahrtsverkehr massiv zurückgedrängt werde mit einer Südumgehung.

Stanke reagierte damit auf das Gegenargument des Vereins „Bürger gegen die Südtangente/Alttrasse“, vorgetragen vom Vorsitzenden Stephan Vogt in der Veranstaltung. Er hatte darauf hingewiesen, dass es 18 bis 20 Jahre dauern werde, bis eine Südumgehung auf der Alttrasse überhaupt gebaut sei, eine Hochstufung im Bundesverkehrswegeplan vorausgesetzt. Doch bis dahin werde es deutlich weniger Autos mit

Verbrennungsmotor und erheblich mehr E-Fahrzeuge ohne schädliche Abgase geben. Stanke erklärte, an der extrem hohen Verkehrsmenge und den ständigen Staus werde sich auch mit E-Autos nichts ändern, auch wenn sich die Luftqualität verbessern werde. Aber das Lärmproblem durch die Abrollgeräusche von Lkw, selbst mit E-Motor, werde nicht verschwinden. Zudem müsse man berücksichtigen, dass noch lange Zeit Autos mit Verbrennungsmotor gefahren würden.

Die Limburger Stadtverordnete Barbara Syllabelok (Grüne), erklärte, ihre Partei nehme die hohe Verkehrsbelastung in der Innenstadt und die Gesundheitsprobleme schon lange wahr. „Es muss was getan werden, aber nicht dadurch, dass man die Menge des Verkehrs verteilt, sondern den Verkehr verringert“, sagte sie. Das müsse viel schneller geschehen, als auf eine Umgehung in 15 Jahren zu warten. Ein Tunnel sei dabei nur eine „Scheinlösung“, denn dadurch werde eine Südumgehung deutlich teurer, und wenn dann abgewogen werde, werde eine Südumgehung ohne langen Tunnel gebaut.

Die Stadtverordneten hatten im Sommer ihren Grundsatzbeschluss für eine Südumgehung auf

der Alttrasse mit einer Tunnellösung (nach ihrem Beschluss im Jahr 2012) erneuert - mit den Stimmen der großen Koalition von CDU und SPD und gegen den erbitterten Widerstand der Grünen, die eine Südumgehung ablehnen. Eine Sonderrolle nimmt die FDP ein. Sie ist zwar für eine Südumgehung, lehnt die Alttrasse allerdings weiterhin ab. dick

Stahlbeton statt dicke Bretter

VON STEFAN DICKMANN

Wer in der Politik keine Macht hat, muss Optimist sein. Wer an der Macht beteiligt ist, muss Realist sein. Und wer sich das Treiben als Bürger von außen - manchmal ohnmächtig - anschaut, sollte lieber Pessimist bleiben. Das gilt auch für die Bürger, die auf eine Südumgehung für Limburg hoffen.

Dass der Bundestag eine Petition aus Limburg annimmt, eine Südumgehung im Bundesverkehrswegeplan einzeln hochzustufen, mag ehrenwert sein, realistisch ist es nicht.

Man stelle sich nur vor, das hätte Erfolg. Dann würden zahlreiche Kommunen in Deutschland, die ebenfalls seit Jahrzehnten auf Umgehungsstraßen hoffen, doch den gleichen Weg gehen. Und dann bräuchte sich das Bundesverkehrs-

ministerium nicht erst jahrelang Gedanken über solch komplizierte Projekte machen.

Das arg strapazierte Bild vom Bohren dicker Bretter in der Politik ist schon längst nicht mehr aktuell. Da muss man schon durch Stahlbeton durch.

Oder für die Pessimisten unter uns: Müsste Samuel Beckett erneut ein absurdes Theaterstück über das vergebliche Warten des Menschen schreiben, hieße es heute nicht mehr „Warten auf Godot“, es hieße mittlerweile „Warten auf die Südumgehung“.